

Statements

zum 16. Wohnungsbau-Tag 2025
vom Verbändebündnis Wohnungsbau

Wohnen: Grundrecht – Wohnungsbau: Daseinsvorsorge

Neue Bundesregierung muss es besser machen

Die neue Bundesregierung muss beweisen, dass sie Wohnungsbau besser kann als ihre Vorgängerin. Denn der akute Wohnungsmangel und die steigenden Mietpreise belasten Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland – und damit auch den sozialen Frieden.

Daher muss der soziale und bezahlbare Wohnungsbau jetzt endlich die notwendigen finanziellen Mittel von Bund und Ländern erhalten. Dabei darf die Schuldenbremse kein Hindernis sein. Zudem braucht es flächendeckende Regelstandards, um kostengünstige Bauweisen zu erleichtern, also effizient zu fördern. Und schließlich müssen die Kommunen Bauland bereitstellen und dafür sorgen, dass die Grundstückspreise den Wohnungsbau nicht noch weiter verteuern.

Wohnen ist ein Grundrecht, und die Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum muss als Teil der Daseinsvorsorge gelten. Wir brauchen von der neuen Bundesregierung mutige Entscheidungen und klare Prioritäten.

Robert Feiger

**IG BAU-Bundesvorsitzender
Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt**

Dynamischer Regierungsstart nur mit Wohnungsbau

Kein Wachstum der Wirtschaft ohne Wachstum im Wohnungsbau

Schwarz-Rot muss den Wohnungsbau für die Dynamik eines gelungenen Regierungsstarts nutzen: CDU/CDU und SPD haben jetzt die Chance, den Wohnungsbau als Motor der Binnenkonjunktur in Schwung zu bringen. Denn die weitere wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland hängt ganz wesentlich davon ab, wie gut und wie rasch es Schwarz-Rot gelingt, den krisengeschüttelten Wohnungsbau wieder in Gang zu setzen. Immerhin steckt der Wohnungsbau – quer durch alle Wirtschaftsbereiche – hinter jedem siebten Euro der gesamten Bruttowertschöpfung in Deutschland.

Fest steht: Es gibt kein Wachstum der Gesamtwirtschaft ohne Wachstum im Wohnungsbau.

Die neue Bundesregierung muss sich deshalb mit voller Kraft auf den Neubau von Wohnungen konzentrieren: Deutschland braucht vor allem mehr Sozialwohnungen und mehr bezahlbare Wohnungen. Und die Bundesregierung muss den Menschen wieder die Chance geben, sich Wohneigentum anzuschaffen: Gerade Haushalte mit mittleren Einkommen dürfen nicht länger damit hadern, dass weder die Eigentumswohnung in der Großstadt noch das Einfamilien- oder Reihenhaus in der ländlichen Region für sie erreichbar sind.

Im Wohnungsbau steckt sozialer Sprengstoff: Wer schlecht wohnt, fühlt sich schlecht regiert. Deshalb muss die neue Bundesregierung alles daransetzen, den Menschen den Frust bei der Wohnungssuche und die Verzweiflung über die Mieten-Explosion zu nehmen.

Katharina Metzger

**BDB-Präsidentin
Bundesverband Deutscher Baustoff-Fachhandel**

Gegen Schlangen bei Wohnungsbesichtigungen – Wohnungsbau braucht Dreiklang: Weniger Auflagen – Kosten reduzieren – Förderfundament

Die wachsende Verzweiflung der Menschen mit Blick auf das bezahlbare Wohnen in Deutschland zeigt sich in immer längeren Schlangen bei Wohnungsbesichtigungen. Aber dabei bleibt es nicht. Mit den wachsenden Schlangen breitet sich ein immer flächendeckenderer Vertrauensverlust in die Politik aus. Jetzt braucht es keine weiteren Analysen, sondern beherztes Handeln, um den bezahlbaren Wohnungsbau in Deutschland wieder zum Aufschwung zu bringen.

Dafür ist ein neuer Dreiklang notwendig: Ein drastisches Absenken der vielen Auflagen, ein Reduzieren der enormen Kosten beim Wohnungsbau sowie ein verlässliches Förderfundament, mit dem dauerhaft geplant werden kann. Wir brauchen ein staatliches Zinsverbilligungsprogramm, das dauerhaft funktioniert – kein Strohfeder mit Start-Zins und plötzlichem Förderstopp.

Wenn wieder bezahlbarer Wohnraum entstehen soll, ist zudem ein realistisches, handhabbares Maß an Klimaschutz vonnöten. Zusätzlich sollte sozialer Wohnraum vollständig von der Mehrwertsteuer befreit werden. Wer es ernst meint mit bezahlbarem Wohnen, darf nicht an veralteten Denkstrukturen festhalten. Ohne massive Impulse von der neuen Bundesregierung und einer gleichzeitigen Abkehr von weiteren Mietrechts- und Steuerrechtsverschärfungen wird der Wohnungsmarkt nicht aus der Krise finden.

Axel Gedaschko

GdW-Präsident

Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen

Unternehmen können günstiger bauen, wenn man sie endlich lässt Bauen und Wohnen gehören zu Top-3-Themen im Kanzleramt

Setzen wir schnell die Kräfte frei, um für ausreichend bezahlbaren Wohnraum zu sorgen. Die Zeiten des Durchlazierens und der kleinen Schritte können wir uns nicht mehr leisten. Nur mit Siebenmeilenstiefeln holen wir den Rückstand auf.

Wir brauchen klare Rahmenbedingungen, um einfacher, günstiger und am Ende besser zu bauen für die vielen Menschen in unserem Land, die verzweifelt eine Wohnung suchen.

Die mittelständischen Immobilien- und Wohnungsunternehmen können gut und günstiger bauen, wenn man sie endlich lässt.

Geben wir dem Bauen und dem Wohnen die Aufmerksamkeit, die sie verdient haben: Bauen und Wohnen gehören zu den Top-3-Themen im Kanzleramt!

Dirk Salewski

BFW-Präsident

Bundesverband Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen

Historisch hohe Zahl an genehmigten, aber noch nicht gebauten Wohnungen **„Wohnungsbauschatz“ durch gezielte Förderung aktivieren**

Die neue Bundesregierung findet eine historisch hohe Zahl an Wohnungen vor, die genehmigt wurden, aber mit deren Bau noch nicht begonnen wurde.

Dieser „Wohnungsbauschatz“ muss jetzt über gezielte, verlässliche Förderung aktiviert werden. Mehr Wohnungsbau wird es nur geben, wenn wieder Breitenförderung ohne Mitnahmeeffekte und kostenreduziertes Bauen gelingen.

Alle drei Punkte: Bauüberhang, Reform der Wohnungsbauförderung und Baukosten waren Themen der Koalitionsarbeitsgruppe. Jetzt müssen nicht nur die Themen, sondern auch die Lösungen und deren Umsetzung stimmen.

Dr. Hannes Zapf

DGfM-Vorsitzender

Deutsche Gesellschaft für Mauerwerks- und Wohnungsbau

Umfassende Förderung und gesetzliche Leitplanken auf Wohnungsmärkten sind nötig **Der Markt löst die Wohnungs- und Mietenprobleme nicht**

Die Wohnungskrise gewinnt weiter an Dynamik: Steigende Mieten, unbezahlbare Immobilienpreise, unzureichender Neubau und keine Besserung in Sicht. Es fehlen Hunderttausende bezahlbare Mietwohnungen im gesamten Land.

Die neue Bundesregierung muss jetzt handeln, anstatt weiter Zeit zu verlieren. Der Markt allein – das zeigen die letzten Jahre – kann und wird die Wohnungs- und Mietenprobleme nicht lösen.

Wir brauchen mehr staatliches Engagement, umfassende öffentliche Förderung und gesetzliche Leitplanken auf den Wohnungsmärkten.

Lukas Siebenkotten

DMB-Präsident

Deutscher Mieterbund

Immer höhere Anforderungen treiben die Preise – Kurskorrektur notwendig **Bauunternehmen sind bereit, günstiger zu bauen**

Der Wohnungsbau ist in den letzten zwei Jahren massiv eingebrochen: Die Zahl der Baugenehmigungen sank von über 354.000 (2022) auf knapp 216.000 (2024). Die Wohnungsnot spitzt sich weiter zu – dem müssen wir entschlossen entgegenreten.

Was ist zu tun? Erstens müssen die Baukosten deutlich sinken. Immer höhere bautechnische Anforderungen treiben die Preise – hier braucht es dringend eine Kurskorrektur. Bauunternehmen sind bereit, günstiger zu bauen, wenn die Rahmenbedingungen stimmen. Gute Ansätze wie die Entschlackung der Landesbauordnungen (z.B. in Niedersachsen), das „Hamburger Modell“ oder der Regelstandard „Erleichtertes Bauen“ aus Schleswig-Holstein sollten bundesweit Schule machen.

Zweitens brauchen wir verlässliche wirtschaftliche Rahmenbedingungen, die gute investive Impulse setzen. Die Finanzierungskosten sind zu hoch – eine gezielte, verlässliche Zinsstützung ist deshalb unerlässlich. Die neue Bundesregierung ist gefordert, schnell zu handeln und Förderprogramme entsprechend anzupassen.

Wolfgang Schubert-Raab

ZDB-Präsident

Zentralverband Deutsches Baugewerbe